

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bezirksverband der Gartenfreunde Pankow e. V.
Bezirksverband der Kleingärtner Berlin-Weißensee e. V.

per Mail an:
info@gartenfreunde-pankow.de
bdk.weissensee@gmx.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 29. April 2021

Betr. Wahlprüfstein des Bezirksverbands der Gartenfreunde Pankow e. V. und des Bezirksverbands der Kleingärtner Berlin-Weißensee e. V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins des Bezirksverbands der Gartenfreunde Pankow e. V. und des Bezirksverbands der Kleingärtner Berlin-Weißensee e. V. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

I. Stadtplanung

1 Wie gewährleistet Ihre Partei zukünftig die Bürgerbeteiligung bei großen Bauprojekten?

Die rot-rot-grüne Koalition hat bereits auf Landes- und Bezirksebene Anlaufstellen zur Bürgerbeteiligung geschaffen. Das Stadtforum eröffnet eine Debatte zwischen Politik, Verwaltung und Bürger:innen zu aktuellen Projekten der Stadtentwicklung. Öffentliche Unternehmen und Träger führen bei Bauvorhaben eine angemessene Bürger:innenbeteiligung durch. Für die Neuen Stadtquartiere sind umfangreiche Beteiligungsformate vorgesehen. Bürger:innenbeteiligung muss nicht zwangsweise zu Verzögerungen bei Projekten führen – im Gegenteil. Es entsteht durch gute Partizipation eine höhere Akzeptanz, die schließlich im Gegensatz zu abgelehnten kontroversen Projekten die Fertigstellung befördert. Bürgerbeteiligung und Zügigkeit sind kein Widerspruch.

2 Jeden Tag gehen viele m² Freifläche durch Bebauung verloren ("Baulücken" mit Hecken, Wiesen und Bäumen). Luftbilder zeigen, wie die Versiegelung deutlich voranschreitet. Wie wollen Sie hier in Zukunft Lebensräume für Tiere (z.B. Gebäudebrüter und Fledermäuse) sowie Pflanzen erhalten? Planen Sie z.B., für Neubaugebiete den Einbau von Nistkästen und das Anlegen von Fassadenbegrünungen verbindlich zu regeln?

Für DIE LINKE gilt: Bauflächen sind effizient zu nutzen: Vorrang hat die Umnutzung vor der Neuversiegelung. Städtisches Grün muss geschützt werden. Damit Stadtentwicklung auch Grünentwicklung ist, hat der rot-rot-grüne Senat die Charta für das Berliner Stadtgrün erarbeitet. Die Charta formuliert die Ziele, Aufgaben und Maßnahmen, die notwendig sind, um das Stadtgrün auch in einem wachsenden Berlin zu schützen, zu stärken und weiter zu entwickeln. Wir werden die Abarbeitung der Maßnahmen in den Parlamenten kontrollieren.

Mit der Novellierung der Bauordnung noch in dieser Wahlperiode wird die Nistmöglichkeit für Gebäudebrüter und ein Quartier für Fledermäuse vorgegeben. Begrünungsflächen sind mit der neuen Bauordnung auf Grundstücken sowie an oder auf den baulichen Anlagen herzustellen. Für die Umsetzung der Bauordnung in den Bezirken setzen wir auf bessere personelle Ausstattung in den Bezirken, dazu gehört auch die entsprechende Qualifizierung.

3 Der Bedarf an Wohnraum steigt. Wie werden Sie klimafreundliche Siedlungsstrukturen fördern, um diesen Bedarf zu decken?

Als Ausgleich für neue Stadtquartiere hat rot-rot-grün ein Ökokonto geschaffen. Im Ökokonto der Malchower Auenlandschaft sollen für Projekte der Berliner Bauleitplanung verschiedene Maßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft bereitgestellt werden. Es ist vorgesehen, vorrangig größere Entwicklungsprojekte mit längerfristiger Entwicklungsperspektive, wie beispielsweise des Blankenburger Südens, zu begünstigen.

Innerhalb der Siedlungen wird es Versickerungsflächen geben. Vorrang hat für DIE LINKE das flächensparende Bauen z.B. auf Discounter-Flächen, Industriebrachen und sonstigen bereits versiegelten Flächen.

4 Mit welchen Maßnahmen werden Sie ein lebenswertes Berlin, insbesondere im Bezirk Pankow, gestalten, deren Flächen vorrangig für die Menschen da sind, weniger für Parkraum und Autoverkehr?

Nur ein ausreichendes und attraktives Angebot des ÖPNV bietet die Chance, den motorisierten Individualverkehr wirksam und anhaltend zu reduzieren und seine schädlichen Auswirkungen dauerhaft zu senken. Den öffentlichen Raum wollen wir menschengerecht umgestalten, um die Lebensqualität zu erhöhen. Durch die Verkehrsplanung muss gewährleistet werden, dass beim Bau neuer Stadtquartiere, die wir autoreduziert umsetzen wollen, bereits bei Bezugsfertigkeit eine attraktive Verkehrsanbindung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie attraktiven Fuß- und Radwegen zur Verfügung steht. In den Wohngebieten unterstützen wir Initiativen für Verkehrsberuhigung und eine Reduzierung des Autoverkehrs. Wir wollen, dass Menschen soweit möglich auch ohne Auto mobil sein können und dadurch auch Parkplatzflächen für anderweitige Nutzung frei werden. Dazu bieten sich verkehrsberuhigte Zonen, aus denen der Durchgangsverkehr herausgehalten wird, genauso an wie sogenannte Kiezblocks oder auch klassische Fußgängerzonen. Welches Modell für eine Straße oder einen

Kiez am besten geeignet ist, muss vor Ort in den Bezirken unter umfassender Einbeziehung und ernsthafter Beteiligung der Anlieger:innen entschieden werden.

5 Der Klimawandel ist heute schon spürbar. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Berlin, insbesondere um den Bezirk Pankow, an die Veränderung des Klimas anzupassen?

Entscheidend ist, so weit wie möglich den Klimawandel zu vermeiden, indem Berlin seinen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leistet. Trotzdem müssen wir auf verschiedenen Ebenen Maßnahmen zur Anpassung an die nicht mehr vermeidbare Veränderung des Klimas ergreifen, beispielsweise hinsichtlich Hitzeperioden, Trockenheit und Starkregenereignissen. Die rot-rot-grüne Koalition hat sich im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) auch einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Klimawandelfolgenanpassung vorgenommen. Diese Maßnahmen gilt es umzusetzen und bei der Überarbeitung des BEK innerhalb des ersten Jahres der nächsten Legislaturperiode weiterzuentwickeln. Zentrale Punkte sind für uns beispielsweise der Schutz und die Ausweitung von kühlenden Grünflächen und Bäumen sowie die Sicherung der Wasserversorgung in enger Zusammenarbeit mit Brandenburg. Insbesondere in gemäß dem Umweltgerechtigkeitsatlas besonders belasteten Gebieten, die bereits heute auch stark unter einem Mangel an Grünflächen und schlechter Luft und Stadtklima leiden, wollen wir Maßnahmen konzentrieren.

In Pankow wollen wir unter anderem eine Umwidmung aller dafür geeigneten Flächen in Grünflächen, die Förderung der Bepflanzung von Fassaden und Dächern sowie eine Begrenzung der Versiegelung des Bodens. Es soll auch in Pankow eine Koordinierungsstelle für Klimaschutz zur Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes und zur Koordination der Umsetzung bezirklicher Klimaschutzmaßnahmen geschaffen werden. Ein zu bildender bezirklicher Klimarat soll mit dem Bezirksamt zur Umsetzung zusammenarbeiten.

6 Wie steht ihre Partei beim Wohnungsbau zur Vertikalverdichtung statt weiterer Flächenversiegelung?

Weitere Ausweisungen von Ein- und Zweifamilienhausgebieten halten wir für kontraproduktive Flächenverschwendung. Die Bauhöhe soll aber den örtlichen Gegebenheiten entsprechen. Beispielsweise wären Sieben- oder Achtgeschosser in Buchholz die falsche Antwort. Wir sehen aber in der Innenstadt Möglichkeiten der vertikalen Verdichtung durch Überlagerung von Funktionen, die auch in anderen Städten, z. B. Paris, schon praktiziert werden. Wohnen über Grundschulen für Studenten, KITA als Unterlagerung für Sporthallen neben Stadtteilwerkstätten für Reparaturen und Ausleihstationen sollen auch die Stadt der kurzen Wege ermöglichen.

II. Grün

- 1 Wie wollen Sie Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen, die für die Luftqualität von entscheidender Bedeutung sind, erhalten?**

Die Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen haben zentrale Bedeutung für eine lebenswerte Stadt. Sie sind deshalb unbedingt zu erhalten. Kleingartenflächen kommt ebenso wie Friedhöfen, Wäldern und Grünflächen eine große Bedeutung für die Luftqualität zu. 96% der Kleingartenflächen wird aus stadtklimatischer Sicht hohe bis höchste Schutzwürdigkeit zugesprochen.

Wir wollen diese Flächen sichern und treten daher beispielsweise für ein Kleingartenflächensicherungsgesetz und für den Erhalt des Grünraums Friedhof/ehemaliger Friedhof im Rahmen der Überarbeitung des Friedhofentwicklungsplans sowie deren dauerhafte Widmung als Grünfläche ein. Statt weitere Flächen in Berlin zu versiegeln setzen wir uns für eine nachhaltige Bodenpolitik mit Entsiegelung und Umnutzung ein. Die Charta für das Berliner Stadtgrün soll durch einen Zeitplan konkretisiert werden. Auch der Stadtentwicklungsplan Klima wird als Planungsgrundlage für den Erhalt von Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen mehr zu beachten sein.

- 2 Was werden Sie tun, um die zunehmende Anlage von privaten „Stein-/Schottergärten“ einzudämmen? Was halten Sie davon, Vorgärten mit insektenfreundlichen Pflanzen vorzuschreiben?**

DIE LINKE setzt sich für eine Neufassung der Bauordnung Berlin auch in diesem Punkt ein. Wir sehen vor, dass mindestens ein Fünftel der Grundstücksfläche begrünt oder bepflanzt werden muss. Bereits heute sind Grundstücke wasseraufnahmefähig zu gestalten. Bestimmte Pflanzen werden jedoch nicht vorgegeben. In der Charta Stadtgrün wird das Leitbild einer bestäuberfreundlichen Stadt für Insekten verstärkt umgesetzt. Wir setzen hier auch auf eine Ausweitung von Informationen für die Bürger:innen durch den Senat im Rahmen der Konzepte zur biologischen Vielfalt, damit mit Wettbewerben und Wissen mehr für die insektenfreundliche Stadt erreicht werden kann. Die „Strategie zum Schutz und zur Förderung von Bienen und anderen Bestäubern in Berlin“ wurde am 17. Mai 2018 im Abgeordnetenhaus beschlossen. An die darin verankerten Maßnahmen werden wir auch in der nächsten Wahlperiode anknüpfen.

- 3 Es ist bekannt, dass insgesamt die Insektenbestände dramatisch zurückgehen. Wie wollen Sie die Verbreitung heimischer Pflanzen fördern und die Vernetzung von insektenfreundlichen Grünflächen/Kleingärten sicherstellen? Welche Bedeutung haben dabei Kleingärten im Erhalt der Biodiversität?**

Der rot-rot-grüne Senat hat auf Antrag des Abgeordnetenhauses die „Strategie zum Schutz und zur Förderung von Bienen und anderen Bestäubern“ erarbeitet. In dieser werden Maßnahmen in sechs Handlungsfeldern entwickelt, die dazu beitragen sollen, Lebensräume für Bienen und andere Bestäuber zu erhalten und zu verbessern. Diese wollen wir umsetzen und hierfür auch die bezirkliche Grünflächenpflege stärken.

Kleingärten bieten zahlreichen Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum und tragen so direkt zur Biologischen Vielfalt Berlins bei. Diese Funktion wollen wir stärken und Kleingärtner:innen und deren Verbände darin unterstützen, beispielsweise im Rahmen der Schulungen der Gartenfachberater:innen und der finanziellen Unterstützung von Projekten aus dem Landeshaushalt.

- 4 **Die Bevölkerungszahl von Pankow wächst stetig. Die Parks sind durch die hohe Besucheranzahl bereits stark belastet und stark verschmutzt. Dadurch erhöht sich auch der Naherholungs-Nutzungsdruck auf die sensiblen Naturschutz-/Landschaftsschutzgebiete. Wie und wo wollen Sie der weiterhin zunehmenden Bevölkerung Grün- und Naherholungsflächen zur Verfügung stellen?**

Auch in einer wachsenden Stadt wie Berlin muss die ausreichende Stadtbegrünung berücksichtigt werden. Wir wollen die fach- und klimagerechte Pflege und Reinigung von Parks bei steigendem Nutzungsdruck auch zukünftig absichern und ausbauen. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt haben wir die Mittel für die bezirkliche Grünflächenpflege deutlich erhöht. Grünanlagen wollen wir erhalten und weiterentwickeln. In mit Grünflächen unterversorgten Gebieten wollen wir, sofern möglich, auch durch Ankäufe weitere Grünflächen zur Verfügung stellen. Bei der Anlage neuer Stadtquartiere sind Grün- und Freiflächen in der Planung zu berücksichtigen (siehe auch Antwort zur folgenden Frage 5).

- 5 **Wie steht ihre Partei zur Förderung der Nahversorgung und damit der Resilienz durch die Ausweitung von Kleingartenanlagen (Anpassung der Flächen an den Einwohnerzuwachs)?**

DIE LINKE will die bestehenden Kleingärten erhalten und hat hierzu Vorschläge unterbreitet. Unabweisbare Inanspruchnahmen für soziale Infrastruktur sollen eines Abgeordnetenhausbeschlusses bedürfen und mit raumnahen Ersatzflächen ausgeglichen werden. Um auf den steigenden Flächenbedarf durch das Bevölkerungswachstum angemessen zu reagieren, wollen wir darauf hinwirken, dass die anerkannten Richtwerte für die Versorgung der Bevölkerung mit Freiflächen bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere eingehalten werden, also 6m²/EW wohnungsnaher Freiraum, 7 m²/EW siedlungsnaher Freiraum, ein Kleingarten pro 8 Geschosswohnung bzw. 17m²/EW. Neue Flächen auch für Kleingärten sollen durch den Berliner Bodenfonds im Rahmen der Ankaufstrategie des Landes erworben werden. Aber auch innerhalb und in den Randlagen der vorhandenen Kleingartenanlagen sollen Erweiterungen geprüft und realisiert werden.

6 Welche Maßnahmen werden Sie unterstützen, damit der Boden als CO₂-Speicher geschützt und gefördert wird? Welche Rolle sollen dabei Kleingärten spielen?

Gerade die Böden der Kleingärten spielen durch die hohe Speicherung von organischem Kohlenstoff eine bedeutende Rolle als Kohlenstoffspeicher und sind daher zu schützen. Dies wurde durch das Forschungsprojekt NaTKoS der Humboldt-Universität Berlin erneut bestätigt. In den Böden von Kleingärten wird, abgesehen von den Mooren, deutlich am meisten Kohlenstoff gespeichert.

Für einen nachhaltigen Klima- und Umweltschutz ist die Versiegelung von Böden zu vermeiden. Die Erstellung eines Entsiegelungsplans wollen wir vorantreiben. Flächensparendes Bauen ist prioritär. Bei der Auswahl von Standorten für Bauprojekte sollten auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die jeweilige Funktion als Kohlenstoffspeicher berücksichtigt werden. Moore sollen erhalten bzw. wieder vernässt werden. Baumbestände müssen erhalten und ausgebaut werden.

Kleingartenvereine können zur Verbreitung der vorhandenen Kenntnisse über den Boden als CO₂-Speicher beitragen, indem sie Lehrpfade einrichten und gemeinsam mit Schulen und Jugendeinrichtungen auch zum Tag des Bodens regelmäßig Veranstaltungen anbieten. Dabei lassen sich auch positive Entwicklungen durch die gärtnerische Nutzung der Flächen aufzeigen.

7 Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Berlin, insbesondere im Bezirk Pankow, die Kultur der Gemeinschaftsgärten, des „Urban Gardening“, der Kleingärten oder vergleichbare Projekte nutzbringend verbindet und unterstützt?

Kleingärten und neue Formen des urbanen Gärtnerns stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern können sich ergänzen und gegenseitig befruchten. Wir brauchen daher beides und unterstützen die Einbindung von Gemeinschaftsgärten in die räumlichen Strukturen bestehender Kleingartenanlagen. Für die Entwicklung neuer Formen urbaner Gartenkultur wollen wir rechtliche Rahmenbedingungen schaffen und eine Pflicht zur kommunalen Beratung und Förderung gesetzlich festschreiben.

8 Sehen Sie gesetzliche Möglichkeiten landeseigene Kleingartenflächen dauerhaft zu sichern? Wenn ja, welche?

DIE LINKE setzt sich intensiv für die Verabschiedung des Kleingartenflächensicherungsgesetzes ein. Damit würde die jetzige Fläche für Kleingärten gesetzlich für Berlin festgeschrieben werden. Aus unserer Sicht ist dies auch rechtlich möglich, wozu wir weitere Rechtsgutachten in Auftrag gegeben haben. Wie wir Kleingärten konkret gesetzlich sichern wollen, können Sie am besten direkt in unserem zusammen mit der SPD erarbeiteten Entwurf nachlesen:

<https://www.linksfraktion.berlin/themen/th/umwelt-und-tierschutz/kleingartenflaechen-per-gesetz-sichern/>

Bis zur Verabschiedung des Gesetzes werden noch weitere Zuarbeiten auch von Verbänden und Vereinen erwartet. Die Beteiligung an dem Gesetzgebungsverfahren ist uns ein wichtiger Schritt für die praktische Umsetzung des Gesetzes und damit der Sicherung Kleingartenflächen.

Initiativen der Bezirke zur Aufstellung von Bebauungsplänen und zur Änderung des Flächennutzungsplans, wo die dauerhafte Sicherung von Kleingärten durch Bezirksorgane beschlossen wird, sollen auch von Landesebene Unterstützung finden. Notwendige personelle und finanzielle Unterstützung durch das Land sollen in den betroffenen Bezirken auch temporär für diese Aufgabe ermöglicht werden.

9 Welche Vorschläge haben Sie, um Kleingartenflächen auf privatem Grund und Boden dauerhaft zu sichern?

Durch das Bauplanungsrecht mit Bebauungsplänen, die Flächen für Kleingärten ausweisen, sind die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Der Flächennutzungsplan weist bereits für zahlreiche nicht landeseigene Flächen eine Kleingartennutzung aus. Das reicht aber nicht. DIE LINKE setzt sich daher dafür ein, dass diese Flächen mit Bebauungsplänen „Grün Zweckbestimmung private Dauerkleingärten“ abgesichert werden. Durch den Berliner Bodenfonds soll der Ankauf von Flächen ermöglicht werden, wo Entschädigungen durch privaten Eigentümer:innen geltend gemacht wird. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Flächen aus den Bundesvermögen (Bahn, BIMA, u. ä.)

10 Unterstützen Sie die Gesetzesinitiative zum Erhalt der Berliner Kleingartenflächen?

Ja, selbstverständlich, sie ist ja eine Initiative der SPD und der LINKEN. Hier ist sie zu finden: <https://www.linksfraktion.berlin/themen/th/umwelt-und-tierschutz/kleingartenflaechen-per-gesetz-sichern/>

Der Beschluss des Landesparteitages der LINKEN Berlin zur Erarbeitung eines Kleingartenflächensicherungsgesetzes finden Sie hier: <https://dielinke.berlin/parteitag/beschluesse/det/news/kleingartenflaechensicherungsgesetz-fuer-berlin/>

11 Welche Vorschläge haben Sie zur Neuschaffung von Kleingartenflächen?

Entsprechend des Bevölkerungswachstums sollte auch die Kleingartenfläche mitwachsen. Kleingärten könnten als ökologische Ausgleichsfläche anerkannt werden. Dadurch könnten noch versiegelte Flächen bei Baumaßnahmen andernorts in Kleingartenfläche umgewandelt werden. Dafür setzt sich DIE LINKE ein. Außerdem wollen wir, dass im Rahmen der Ankaufpolitik des Berliner Bodenfonds auch Flächen zur Sicherung und Schaffung neuer

Kleingärten angeschafft werden. Wir halten es auch für sinnvoll, wie in den 80ziger Jahren Flächenzuwächse in den Stadtrandgebieten z. B. bei den Berliner Stadtgütern zu prüfen. Dort, wo verkehrliche Anbindungen mit dem ÖPNV realisiert werden können, sind auch auf diesem Weg Erweiterungen möglich.

III. Wirtschaft

1 Wie wird Ihre Partei die lokale, mittelständische Wirtschaft und die Start-Up-Szene in den Pankower Ortsteilen stärker fördern?

Der rot-rot-grüne Senat hat die Digitalagentur Berlin gegründet. Diese soll Berliner Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, bei der digitalen Transformation unterstützen. Darüber hinaus wurde das Förderprogramm Digitalprämie aufgesetzt. Es unterstützt kleine und mittelständische Berliner Unternehmen mit Zuschüssen für konkrete Digitalisierungsvorhaben. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die Förderung der Kooperation von Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie und der Start-up-Szene insbesondere mit den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) intensivieren und ausbauen und somit den eingeschlagenen Weg der Digitalisierung der Berliner Wirtschaft weiter vorantreiben. Wir wollen zudem die Gründung von innovativen Unternehmen und Start-ups fördern. Die derzeit fragmentierte Gründungsberatung in Berlin soll zu einer städtischen Innovationsagentur nach Vorbild des „Digital Innovation Office“ in Barcelona ausgebaut werden.

In der Corona-Pandemie gab es auch in der Gastronomie und im Fachhandel einen Digitalisierungsschub. Wir unterstützen Modellprojekte, bei denen – eingebettet in die bestehenden Instrumente wie Digitalprämie, Digitalagentur, City-Lab – unabhängige Plattformen auch kleinen stationären Händler:innen Zugang zum Online-Handel zu fairen Bedingungen ermöglichen. Dabei können Nah-Logistik-Zentren oder Abholservices verknüpft werden.

Die Bereitstellung bezahlbarer Gewerbeflächen ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Zahlungskräftige Nutzer:innen, wie z. B. internationale IT-Unternehmen, führende Online-Händler oder Großunternehmen, können ihren Flächenbedarf in der Regel auf dem privaten Gewerbeimmobilienmarkt decken, erhöhen aber damit den Verdrängungsdruck auf die ansässigen Gewerbebetriebe. Für viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU), gerade aus dem Handwerk, dem produktionsnahen Dienstleistungsgewerbe oder der sozialen und solidarischen Ökonomie, wird die Sicherung ihres Betriebsstandorts so zunehmend problematisch. Wir setzen uns dafür ein, die 2020 gegründete Berliner Bodenfonds GmbH zu stärken und den Ankaufsfonds aufzustocken, um in der wachsenden Stadt strategische Immobilien- und Grundstücksankäufe vornehmen und Grundstücksreserven anlegen zu können. So erworbene Liegenschaften können u.a. dafür

genutzt werden, um sie für strategische Ansiedlungen und für von Verdrängung bedrohte lokale Unternehmen – insbesondere KMU – mit tragbaren Konditionen zur Verfügung zu stellen.

IV. Verkehr

1 Beabsichtigen Sie, Park & Ride-Plätze weiter auszubauen, um z. B. den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren?

In der Stadt sind die Möglichkeiten für Park&Ride-Parkplätze (P&R) aufgrund der räumlichen Enge und hoher Nutzungskonkurrenz sehr begrenzt. Auch besteht hier bereits weitgehend ein dichtes Angebot des ÖPNV, das weiter ausgebaut werden soll. Eine den Ausbau des ÖPNV unterstützende Rolle für Park&Ride-Parkplätze sehen wir vor allem bei der Vermeidung von Pendlerverkehren nach Berlin. Dann ist es allerdings sinnvoller Park&Ride möglichst nah an der Quelle des Verkehrs anzubieten, um bereits außerhalb der Stadtgrenze ein Angebot für den Umstieg auf den ÖPNV zu schaffen. Daher wollen wir, dass sich die Länder Berlin und Brandenburg zeitnah verständigen, dass im Umland Berlins Park&Ride und im Übrigen auch Bike&Ride-Stationen geschaffen werden können und setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen bei der Planung und Finanzierung von Park&Ride-Stationen an wichtigen Pendlerstationen des Umlandes unterstützt werden.

2 Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den ÖPNV insgesamt attraktiver zu machen? Bitte nennen Sie Beispiele, was Sie für geeignete Mittel halten (z.B. engere Taktung, flexiblere/kleinere/größere Einheiten/Trassenerweiterungen o.ä.).

Zentral für die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ist die Gewährleistung verlässlicher, barrierefreier, schneller und sicherer Verkehrsmittel in dichten Takten bei naher Erreichbarkeit. Sämtliche Maßnahmen hier aufzulisten, würde den Rahmen sprengen (dies bitten wir dem Wahlprogramm zu entnehmen). Einige Beispiele sind:

- Der Bau neuer Trassen für schienengebundene Verkehrsmittel, insbesondere in unzureichend erschlossenen Gebieten und auf überlasteten Buslinien. Im Vordergrund steht dabei für uns der Ausbau der Straßenbahn, da diese eine Feinerschließung gewährleistet, schnell und kostengünstig realisiert werden kann.
- Die Sanierung und Modernisierung des U-Bahn-Netzes, damit dichtere Takte mit den 1500 neuen U-Bahn-Wagen gefahren werden können.
- Die Beschleunigung von Bus und Tram durch eigene Fahrspuren und Vorrangschaltungen.
- Die Herstellung von Barrierefreiheit bei U-Bahn, S-Bahn, Tram und Bus, beispielsweise durch eine Forcierung des Umbaus von Bushaltestellen und die Einführung einer alternativen barrierefreien Beförderung bei Aufzugsstörungen.
- Die Einführung von Rufbussen oder Kleinbuslinien in bislang untererschlossenen Gebieten mit schwacher Nachfrage.

- Stärkere Berücksichtigung von Gelegenheitsfahrer:innen bei der Tarifgestaltung des ÖPNV (z.B. Homeoffice-Tarife oder 10-Fahrten-Karte).

3 Wie wollen Sie den Fahrradverkehr attraktiver und sicherer gestalten (z.B. Fahrradstraßen, 2,80 m breite Radwege etc.)?

Bisher sind, anders als es das Mobilitätsgesetz vorsieht, zu wenig neue Radwege in Berlin entstanden. Wir setzen uns für einen verbindlichen Ausbauplan des Berliner Radverkehrsnetzes ein. Die Tiefbauämter in den Bezirken, sind personell zu schlecht aufgestellt und sollen personell aufgestockt werden. Für kleine infrastrukturelle Maßnahmen wollen wir den Aufbau eigener kommunaler Baukapazitäten prüfen. Beim Ausbau des Radverkehrsnetzes, insbesondere der Radschnellwege, sollen Trassenkonflikte mit dem Fußverkehr sowie mit Grünanlagen vermieden werden. Fahrradparkhäuser sollen endlich fertiggestellt und die infraVelo GmbH hierfür gestärkt werden.

4 Wollen Sie innovative Verkehrskonzepte wie E-Carsharing fördern?

Damit Sharing-Angebote insgesamt (Carsharing, Bikesharing, E-Scooter etc.) auch in ganz Berlin verfügbar werden und das Angebot für die Verkehrswende gesteuert werden kann, wollen wir die gesetzliche Voraussetzung für die Regulierung von Sharing-Angeboten schaffen. Wir streben an, Lizenzen und Aufträge für Anbieter:innen von Mobilitätsdienstleistungen am Ziel der Verkehrswende und auf Flächengerechtigkeit orientiert zu vergeben und wollen das Berliner Straßengesetz zu einem gemeinwohlorientierten Straßennutzungsrecht weiterentwickeln. Dazu gehört auch, dass wir stadtweit anbieterneutrale Abstellflächen für Mietfahrzeuge ausweisen wollen. Die Anbieter:innen sollen diese dann auch nutzen müssen.

5 In welchem Umfang wollen Sie die Anzahl der Ladestationen für E-Mobilität erhöhen?

Es ist schwierig auf diese Frage mit konkreten Zahlen zu antworten. Der Bedarf an Ladesäulen im öffentlichen Raum hängt von dem voraussichtlichen Ausbau im privaten und halböffentlichen Raum sowie von der künftigen Anzahl an PKWs in Berlin ab. Wichtig ist, dass auch für Berlinerinnen und Berliner, die nicht über eigene Parkplätze mit Stromanschluss verfügen, die Möglichkeit des Umstiegs auf lokal abgasfreie Fahrzeuge ermöglicht wird. Gerade befindet sich das Ladeinfrastrukturkonzept des Landes in Überarbeitung, das Aussagen zu Zielzahlen an erforderlichen Ladestationen im öffentlichen Raum enthalten wird. Wir treten für ambitionierte Ziele und Umsetzungsstrategien ein, um Voraussetzungen für den Umstieg auf alternative Antriebe für alle Berlinerinnen und Berliner in ganz Berlin zu schaffen.

Wir wollen, dass das Land direkt Verantwortung für die Installation ausreichender Ladesäulen in Berlin übernimmt und prüfen, ob das kommunale Stadtwerk künftig den Ausbau und den Betrieb der Ladesäulen im öffentlichen Raum übernehmen kann. Dies hätte zahlreiche Vorteile: Der öffentliche Raum sollte nicht privatem Gewinnstreben zur Verfügung gestellt werden, bei

der Standortauswahl würde nicht das Interesse an lukrativen Standorten sondern die Schaffung von Voraussetzungen für E-Mobilität in ganz Berlin im Vordergrund stehen, es könnte ein einheitliches Stadtbild und die Einbindung in andere städtische Planungsprozesse beispielsweise Baumaßnahmen im Straßenland oder Investitionsplanungen des rekommunalisierten Stromnetzbetreibers gewährleistet werden.

6 Welche sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten konkreten Maßnahmen, um den Verkehr in den Pankower Ortsteilen nachhaltiger zu gestalten und z.B. die Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub zu reduzieren?

Vor allem Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen werden durch negative Umweltfaktoren wie schlechtes Bioklima, fehlende Grünflächen, Lärm und niedrige Luftqualität belastet. Wir wollen den motorisierten Individualverkehr vermindern, hierfür alternative Angebote schaffen und den öffentlichen Raum so umgestalten, dass die Lebensqualität in Berlin verbessert wird. DIE LINKE sieht in dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der Taktverdichtung auf bestehenden Strecken die entscheidende Voraussetzung um mehr Menschen dazu zu bewegen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Nur ein ausreichendes und attraktives Angebot des ÖPNV bietet die Chance, den motorisierten Individualverkehr wirksam und anhaltend zu reduzieren und seine schädlichen Auswirkungen dauerhaft zu senken. Nur dann können auch verkehrslenkende und den motorisierten Individualverkehr einschränkende Maßnahmen den gewünschten Effekt erzielen, ohne die Mobilität einzuschränken oder von den Einkommensverhältnissen abhängig zu machen. Dabei ist die Straßenbahn das Mittel der Wahl, denn nur sie ermöglicht in vertretbaren Zeiträumen und zu vertretbaren Kosten eine Verbesserung der Situation. In Pankow wollen wir neben der zügigen Umsetzung der im Nahverkehrsplan vorgesehenen Maßnahmen den schienengebunden Nahverkehr vor allem auf der tangentialen Relation zwischen den Ortsteilen Wilhelmsruh, Rosenthal, Franz. Buchholz und Blankenburg, mit Anbindungen im Westen zum S+U-Bhf. Wittenau und im Osten zur Endstelle Zingster Straße (über Malchow) stärken und ausbauen. Außerdem verdient aus unserer Sicht der Fußverkehr eine stärkere Berücksichtigung als die zentrale Mobilitätsform. Gehwege gehören saniert und Barrierefreiheit garantiert. Der nichtmotorisierte Verkehr - etwa der Radverkehr - ist zu fördern, der individuelle Autoverkehr muss eingeschränkt werden. Zu diesem Zweck können Kiezblocks und temporäre Spielstraßen genauso zum Instrumentarium gehören wie geschützte Radstreifen und Radschnellwege. (siehe auch die Antworten auf die Fragen zur Stadtentwicklung, Frage 4 und zu Verkehr, Fragen 1, 2 und 3)

V. Bildung

1 Umweltbildung muss bereits in Schulen und Kindergärten beginnen. Wie setzen Sie sich dafür ein? Wie wollen Sie die Einrichtung von Schulgärten befördern? Welche Funktion weisen Sie den Kleingärten in der Natur- und Umweltbildung zu?

Klima- und Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe für die ganze Stadt Berlin. Wir wollen daher die umwelt- und klimabezogenen Bildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche weiter ausbauen unter anderem auch durch den Erhalt und die neue Einrichtung von Schulgärten. Das übergreifende Thema „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ ist bereits jetzt im Rahmenlehrplan für Berlin/Brandenburg für die Klassenstufen 1 bis 10 verankert. Wir wollen es auch in der Lehrkräftebildung stärken. Kooperationen mit außerschulischen Akteuren, wie sie das Berliner Schulgesetz in § 5 ermöglicht, wollen wir weiter fördern. Die Angebote von Waldschulen und den im Schulgesetz verankerten Gartenarbeitsschulen bzw. Schulumweltzentren spielen dabei eine wichtige Rolle. Aber auch in der Zusammenarbeit mit Kleingarten-Vereinen und Gemeinschaftsgärten oder z.B. auch mit den Gärten der Welt sehen wir Potential für die Stärkung des Bewusstseins für klima- und umweltpolitische Fragen bei Kindern und Jugendlichen, nicht nur, aber insbesondere auch dort, wo Flächen für Schulgärten knapp sind.

Umwelt- und Klimabildung beginnt jedoch nicht erst in der Schule, sie ist bereits im Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege fest verankert. Auch die Kleinsten besuchen regelmäßig die „grünen Lernorte“ Berlins wie Kinderbauernhöfe, Gartenarbeitsschulen und Schulumweltzentren. Das wollen wir ausbauen und fördern. Außenflächen von Kitas sollen Stadtkindern die Möglichkeit bieten, sich direkt vor der Haustür mit Umwelt und ihren Einflussfaktoren auseinanderzusetzen, z.B. im Hinblick auf eine gesunde Ernährung und Lebensweise. Auch hier können Kooperationen mit Kleingarten-Vereinen einen wichtigen Beitrag leisten, insbesondere in innerstädtischen Lagen, in denen manche Kitas über keine oder kaum eigene Außenflächen verfügen.

2 Wie kann sichergestellt werden, dass die Infrastruktur der Bildung zum Thema „Digitalisierung“ ausgebaut und abgesichert wird? Welche zusätzlichen Anstrengungen müssen unternommen werden, um die rasanten Prozesse der gesellschaftlichen Digitalisierung in Schulen voranzubringen?

Beschleunigt durch die Corona-Pandemie hat sich im letzten Jahr eine rasante Entwicklung aufgetan. Die digitale Schulplattform des Landes steigerte die Zugriffs- und Nutzungsmöglichkeiten. Waren im März 2020 nur rund 400 Accounts angemeldet, so waren es im Dezember 2020 bereits 108.000. Seit Anfang dieses Jahres ist mit „itslearning“ eine weitere Plattform für Schulen nutzbar. Diesen Prozess müssen wir in der kommenden Wahlperiode fortführen und die notwendigen finanziellen Mittel dafür bereitstellen. Bisher ist der Breitbandanschluss für die Berliner Schulen durch das ITDZ noch nicht ausgeschrieben worden. Das soll noch in diesem Schuljahr endlich erfolgen. Der Anschluss aller Schulen an Breitbandnetze (mind. 1 GBit) muss im Rahmen einer Taskforce aus Land, Bezirken und ITDZ beschleunigt werden, wird aber mindestens 2 Jahre brauchen. Deshalb hat das Land Berlin jetzt in Größenordnungen mobiles W-LAN für die Schulen bestellt. Ein Großteil davon ist bereits ausgeliefert.

Zudem müssen alle Pädagog:innen an Berliner Schulen – und damit explizit nicht nur Lehrkräfte – mit digitalen Endgeräten und mitbestimmten, datenschutzkonformen dienstlichen Emailpostfächern ausgestattet werden. Auch alle Schüler:innen brauchen digitale Endgeräte. Sie sind Teil des Existenzminimums und sollten im Rahmen von Transferleistungen finanziert werden. Im laufenden Schuljahr haben wir bereits 50.000 Schüler:innen, die BuT-berechtigt sind, Tablets zur Verfügung gestellt, z.T. mit W-LAN-Stick. Bei der Ausstattung mit digitalen Geräten sollten nachhaltige Beschaffungskriterien verpflichtend sein. Zudem wollen wir, dass die Bildungsverwaltung in Absprache mit der Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine Positivliste empfehlenswerter Software entwickelt und als Unterstützung für Lehrkräfte und Schulleitungen zur Verfügung stellt sowie die Schulen bei der Beschaffung unterstützt. Mit dem laufenden Doppelhaushalt 2020/21 wurden die notwendigen Mittel für die Einstellung von IT-Administrator*innen bereitgestellt, so dass alle Schulen entsprechend ihrer Schüler:innenzahl Unterstützung bekommen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Stellen auch angemessen eingruppiert werden.

3 Wie gestalten Sie das Politikfeld Bildung mit Blick auf die Themen „Demokratiestärkung“, „Digitalisierung“ und „Diversität“ in der kommenden Legislaturperiode?

Schule soll Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zu mündigen Bürger:innen unterstützen. Wir halten die Stärkung der schulischen Schüler:innengremien für einen wichtigen Schritt auf diesem Weg. Außerdem sollten der Schüler:innenhaushalt auf alle Bezirke ausgeweitet und Schüler:innenparlamente stärker unterstützt werden. Auch außerhalb von Schulen müssen Kinder und Jugendliche viel stärker an sie und ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Wir wollen deshalb erneut eine Initiative zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus starten. Außerdem wollen wir insbesondere die Stärkung der Medienkompetenz und Angebote der jugendpolitischen Bildungsarbeit stärker fördern, den Jugenddemokratiefonds wollen wir finanziell aufstocken. Auch die Beschäftigten der ergänzenden Förderung und Betreuung und der Schulsozialarbeit müssen in den schulischen Gremien stärkere Mitbestimmungsrechte bekommen und in erweiterten Schulleitungen vertreten sein. Dafür setzen wir uns ein. Digitale Bildung dient der Förderung vernetzten Denkens und dem Erlernen moderner Kulturtechniken. Wir wollen die Rolle von Digitalkompetenzen in der pädagogischen Ausbildung sowie in Fort- und Weiterbildungen und damit die Kollegien stärken. Dafür braucht es an den Berliner Hochschulen Professuren für Medienbildung. Wir wollen ein landesweites Bildungskompetenzzentrum sowie einen Beirat für digitale Bildung unter Beteiligung von Schulen, Bezirken, Universitäten, Wirtschaft etc. einrichten. Die Medienkompetenzzentren in den Bezirken wollen wir ausbauen.

Wir setzen uns konsequent für eine Schule ohne Rassismus, ohne Mobbing und ohne Gewalt ein. Deshalb haben wir das erste Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) geschaffen, das auch für den Bildungsbereich gilt. Zudem sollte die Stelle und der Einfluss des/der

Antidiskriminierungsbeauftragten der Senatsbildungsverwaltung gestärkt werden. Präventionsprogramme in diesen Bereichen sollen unterstützt und verstetigt werden. Wir wollen, dass Antidiskriminierung und Diversität auch in der Aus- und Weiterbildung von Lehrer:innen und Erzieher:innen einen größeren Raum einnehmen. Die Landeszentrale für Politische Bildung wird in einer Filiale in Friedrichshain eine größere Vernetzung in den Osten Berlins ermöglichen und damit auch ihre Rolle bei der Demokratiestärkung noch besser spielen können.

4 Wie sollte der Bezirk Initiativen und Bildungsmaßnahmen zum Thema klimaverträglicher Ernährung und Landwirtschaft in Schulen u.a. Bildungseinrichtungen in besonderer Weise unterstützen und fördern? Sehen Sie Möglichkeiten, Kleingartenvereine stärker in zukunftsfähige Konzepte einzubinden?

Hier wollen wir die Projekte der „Essbaren Stadt“ und der „grünen Lernorte“ sowie den „Langen Tag der Stadtnatur“ weiter fördern. Außerdem wollen wir die Verstetigung des Modellprojekts „Stadtnatur-Ranger“ prüfen. Auch die bezirklich getragenen Gartenarbeitsschulen bzw. Schulumweltzentren wollen wir weiter stärken. Insbesondere in diesen Feldern sehen wir zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten mit Kleingarten-Vereinen, deren konkrete Ausgestaltung auf bezirklicher Ebene zu klären ist. Gerade wenn sich Schulen in der Nähe von Kleingartenanlagen befinden, wäre im Rahmen des Ganztags beispielsweise die Gründung von Arbeitsgemeinschaften an Schulen denkbar.

Abschlussfrage: Welche grundlegend neuen Ideen haben Sie für die gesellschaftliche Entwicklung? Was sind Ihre Visionen einer grünen, umweltfreundlichen, lebenswerten Stadt?

Der sozial-ökologische Umbau, den wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt anstreben, umfasst sämtliche Politikbereiche von Stadtentwicklung und Wohnen über Umwelt, Verkehr und Klimaschutz bis zur Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik. Wir verweisen daher für diese Frage auf unser Wahlprogramm, das Sie hier finden: <https://dielinke.berlin/nc/2021/wahlprogramm/>

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch